



Der Beitrag gibt die Meinung
Ronny Freiers wieder.

Wirtschaftsförderung für die Stadt, Daseinsvorsorge fürs Land

Die Wirtschaftsleistung moderner Volkswirtschaften entsteht zunehmend in urbanen Zentren, die gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen, komplexe Dienstleistungen, Forschungseinrichtungen und eine industrielle Basis zusammenbringen. Schon heute produzieren die 15 größten Städte Deutschlands etwa 25 Prozent aller Waren und Dienstleistungen – Tendenz steigend.

Diese Konzentration führt zu wachsender Ungleichheit zwischen Stadt und Land. Der ländliche Raum kämpft mit Bevölkerungsschwund und Fachkräftemangel, fühlt sich kulturell und politisch zunehmend abgehängt, in Medien und der gesellschaftlichen Debatte unterrepräsentiert. Nötig ist eine intelligente Kombination von moderner städtischer Wirtschaftsstruktur und Förderung des ländlichen Raums.

Weil Deutschland seine Wirtschaftskraft traditionell mit Industrie gleichsetzt, träumen Regionalpolitiker von Industriestandorten auf der grünen Wiese. Dieser Ansatz ist heutzutage wenig zielführend. Wer sich Werkshallen und tausende Jobs im Nirgendwo wünscht, bekommt im besten Fall ein familienfreundliches Badeparadies und meistens eine saftige Rechnung für den Steuerzahler.

Die Wirtschaftspolitik sollte sich schon auf die Förderung urbaner Zentren konzentrieren. Essenziell ist dabei die Stärkung der Hochschullandschaft und Forschungskooperation mit Unternehmen, die den Kern für Innovation bilden. Auch die öffentlichen Leistungen und die städtische Infrastruktur müssen auf neuste Standards gebracht werden. Dazu gehören Kitas und gute Schulen, eine umfassende Verkehrsinfrastruktur, eine moderne digitale Infrastruktur. Im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld ließen sich sinnvolle Investitionen problemlos finanzieren.

Gleichzeitig muss es gelingen, den ländlichen Raum zu stärken. Zunächst darf sich der Staat nicht aus der öffentlichen Daseinsvorsorge auf dem Land zurückziehen. Auf dem Land machen viel weniger junge Menschen gute Schulab-

schlüsse als in der Stadt. Die Sichtbarkeit des Rechtsstaats leidet, wenn das Amtsgericht 50 Kilometer weiter verlegt wird und die Polizeistreife 45 Minuten zum Einsatzort braucht. Der Staat muss Geld in die Hand nehmen um sicherzustellen, dass weiterhin eine Arztpraxis und eine Kita in der Nachbarschaft zur Verfügung steht, sowie ausreichend Sport- und Kulturangebote. Auch die Verwaltung muss in ländlichen Regionen weiterhin Präsenz zeigen. So darf das Ergebnis von Gemeinde- und Kreisgebietsreformen nicht die Schließung lokaler Bürgerbüros sein. Neben diesen Maßnahmen ist die Verbesserung der Verkehrsverbindung zwischen Stadt und Land zentral, um den ländlichen Raum an der Wirtschaftsentwicklung der Städte teilhaben zu lassen. Viele Regionen ließen sich problemlos an urbane Zentren anschließen. Mit einem Ausbau des Berliner S-Bahn-Netzes und einem verbesserten Regionalverkehrsangebot könnte zum Beispiel der Speckgürtel der Hauptstadt auf noch mehr Orte in Brandenburg ausgeweitet werden.

Die Anbindung der Peripherie ist im Interesse der Städte selbst. Neben dem Potential an Naherholung und Tourismus schafft das Umland auch ein attraktives Lebensumfeld mit bezahlbarem Wohnraum – und entlastet damit den Wohnungsmarkt in den Innenstädten.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben sollte der Staat bei den Steuern einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land schaffen. Viel wäre erreicht, wenn Großunternehmen die gleiche Steuerbelastung hätten wie der Handwerksbetrieb in der Prignitz und ihre Gewinne nicht mehr steuersenkend international verschieben könnten. Auch drückt sich die steigende Wirtschaftskraft von Städten in steigenden Immobilienwerten aus. Eine intelligentere Besteuerung der daraus resultierenden Gewinne könnte genutzt werden, um den ländlichen Raum am Erfolg der Stadt partizipieren zu lassen. Dann kann die Wirtschaftsförderung auch auf urbane Wirtschaftsstrukturen setzen, ohne dass sich das Land abgehängt fühlt.

Eine längere Fassung dieses Beitrags, ko-signiert mit Christian Oden-dahl, ist auf dem Portal Tagesspiegel Causa erschienen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

PD Dr. Elke Holst
Nils May
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.